Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Rodevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 55 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. — | Halver Montag den 6. März | Erscheint werktäglich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — — Postscheckkonto: Dortmund 2941. — — | 1933

Die Reichstagswahl — Absolute Mehrheit für die National-Regierung.

Die Stimme des Wählers.

Nun ist auch der sechste Wahlkampf und Wahlgang vorbei; hurtige Federn, Hirne und Maschinen prägten das Ergebnis des Wahlkampfes und Wahlganges in die Zahlenkolonnen der Wähler um. Zum drittenmal binnen Jahresfrist sollte der Wähler einen arbeitsfähigen Reichstag schaffen, eine Aufgabe, die zweimal nicht erfüllt wurde. Und jetzt, beim dritten Male, war das Volk vor einen ganz eigenartigen Wahlkampf und Wahlgang gestellt worden.

Schon daß die Wahlen diesmal nicht wie sonst auf den äußersten verfassungsmäßig eben noch zulässigen Termin hinausgeschoben wurden, sondern auf den frühesten Termin angesetzt waren, trug einer Entwicklung recht deutlich Rechnung, die schon bei den anderen Wahlen des hinter uns liegenden Jahres zu beobachten war: Zusammendrängung der Wahlarbeit auf eine ziemlich kurze Zeit unmittelbar vor den Wahlen. Die Parteien haben kein Geld mehr; sie sind finanziell ziemlich zermürbt durch das „Wählen am laufenden Band". An die Stelle der früher so beliebten Versammlung „mit freier Aussprache" ist nun meist die „Kundgebung" getreten, die nicht werben, sondern wirken soll.

Für die letzten acht Tage aber erhielt der Wahlkampf ein ganz anderes Aussehen durch die Folgen des Reichstagsbrandes. Praktisch besaßen weder die Kommunisten noch die Sozialdemokraten die Möglichkeit intensiver Wahlarbeit und nach außen hin beherrschten die Parteien der nationalen Front fast das ganze Feld. Namentlich in den Großstädten, wo die Massenversammlungen eine besonders wuchtige Zusammenballung der Wahlarbeit und der Wähler gestattet. In die Mittel-, die Kleinstädte und auf das Land griff man mit dem Rundfunk hinüber.

Am nächsten Sonntag findet nochmals ein Wählen statt. In Preußen wird zu den Kommunalvertretungen gewählt. Das laufende Band setzt sich also munter fort! Spätestens am 30. Tage nach der Wahl muß dann der Reichstag zusammentreten gemäß Artikel 23 der Verfassung; es heißt, daß diesmal der Zusammentritt nicht wie bei den Vorgängern des neuen Reichstages erst am letzten noch zulässigen Zeitpunkt erfolgen soll, sondern daß dieser Reichstag zu einem früheren Termin einberufen wird.

Leider hat der Wahlkampf auch dieses Mal wieder Blutopfer verlangt. Doch auch hier bildete wohl die Juliwoche im vergangenen Jahr so etwas wie einen Höhepunkt. Besser spricht man hier von dem tiefsten Punkt des Jahreswahlkrieges. Aber das verschwindet doch oder wird weniger beachtet als die Flammen, die der brennende Reichstag über den ersten Wahlgang des deutschen Volkes im Jahre 1933 geworfen hat.

*

Große Beteiligung der Auslandsreichsdeutschen.

An der Abstimmung für die Reichstags- und Landtagswahl beteiligten sich auch viele Tausende von Reichsdeutschen, die selbst weite Reisen und hohe Fahrkosten nicht scheuten, um ihrer Wahlpflicht zu genügen, nachdem ihnen die neue Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte die Möglichkeit hierzu gegeben hatte. Aus der Schweiz kamen etwa 10 000 Reichsdeutsche, die auf badischem Boden ihr Wahlrecht ausübten. Aus Holland waren etwa 10 000 Reichsdeutsche an den Wahlurnen erschienen, in Eupen-Malmedy waren etwa 150 Stimmscheine ausgegeben worden. Sehr groß war auch die Teilnahme der Reichsdeutschen aus der Tschechoslowakei, wo außer den Tausenden von Wählern aus den großen Städten, wie Prag, Brünn und Reichenberg, besonders aus den sudetendeutschen Grenzorten viele Reichsdeutsche ihr Wahlrecht in den reichsdeutschen Grenzstädten ausübten. Aus Österreich kamen mehrere Sonderzüge mit Abstimmungsberechtigten, allein in Wien waren über 1300 Stimmscheine ausgestellt worden, in Linz 500 und in Graz 120. Am stärksten war die Teilnahme aus Vorarlberg und Innsbruck, wo etwa 3000 Wähler von ihrem neuen Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Aus Ost-Oberschlesien kamen etwa 3500 Reichsdeutsche, aus Dänemark etwa 300, auch aus Reval, Riga und Memel waren Sonderzüge mit Tausenden von Wählern eingetroffen.

Der Tag der erwachenden Nation.

Freiheitsfeuer loderten an allen Grenzen und am Meer.

Der „Tag der erwachenden Nation", den die Nationalsozialisten am Sonnabend in allen Gauen des Reiches mit Fackelzügen und Feuern auf den Bergen festlich begingen, gestaltete sich zu einer nie dagewesenen, unerhört eindrucksvollen, nationalen Volkskundgebung. Unübersehbar waren die Menschenmassen, die in allen Städten Deutschlands abends versammelt waren, um auf den öffentlichen Plätzen den letzten Wahlappell des Reichskanzlers Adolf Hitler, der aus Königsberg bis in die kleinste Ortschaft hinein durch Rundfunk übertragen wurde, anzuhören. Unübersehbar die Massen, die dem Aufmarsch der SA.- und SS.-Formationen und der vaterländischen Verbände beiwohnten, oder die Freiheitsfeuer, die an allen Grenzen des Reiches entzündet waren, schauten.

Berlin erlebte ein noch nie gekanntes Schauspiel. Im Schein von Zehntausenden von Fackeln unter klingender Musik zogen Hunderttausende von Menschen zu den Sammelplätzen. Fast sämtliche Straßen Berlins hallten von der Marschmusik wider und dröhnten unter dem Tritt der endlos langen Züge. Auf 24 öffentlichen Plätzen Berlins und seiner Vororte sammelten sich die Massen. Alle Anmarschstraßen waren von unübersehbaren Reihen von Sympathiesierenden angefüllt. Der Anmarsch erfolgte unter den lauten Beifallskundgebungen und Heilrufen der Spalier bildenden Menge, die Tausende von Hakenkreuz- und schwarz-weiß-roten Fähnchen schwang.

Fackelmeer am Berliner Opernplatz.

Das eindrucksvollste Bild bot sich auf dem weiten Platz zwischen Opernhaus, Universität und Bibliotheksbau. Die Menge reichte weit die Straßen Unter den Linden herauf über die Friedrichstraße hinweg. Große Magnesiumfackeln tauchten die Prunkstraße Berlins in taghelles Licht. Hier allein hatte sich eine Mauer von hunderttausend Menschen gebildet. Alle Fenster, Balkons und Dächer waren besetzt. Ähnlich war das Bild auf den übrigen Plätzen und Straßen. Die Rede des Reichskanzlers tönte über alle Plätze.

Das gleiche Bild wie Berlin boten sämtliche anderen großen Städte im Reich. In der in ein Flaggenmeer getauchten Stadt Stettin haben sich Tausende am Kaiser-Friedrich-Denkmal versammelt, um die Hitler-Rede zu hören. Auch in den übrigen Städten Pommerns fanden große Kundgebungen statt.

Zahllose Feuer loderten längs der polnischen Grenze, am Meer und um die Steilküsten der Insel Rügen.

In Breslau bewegten sich zwanzig große Fackelzüge der NSDAP. strahlenförmig nach dem Schloßplatz, auf dem eine unübersehbare Menschenmenge sich eingefunden hatte.

Auf den Höhen der schlesischen Gebirge

flammten unzählige Höhenfeuer auf und loderten weithin ins Land. Entlang der polnischen Grenze grüßten Freiheitsfeuer die Deutschen im abgetrennten Ostoberschlesien.

Die ehemals so rote Stadt Magdeburg

erlebte eine gewaltige Kundgebung des Stahlhelms und der NSDAP., ebenso Erfurt, wo der Tag mit einem Fackelzug und einer Kundgebung auf den Graben vor dem Dom gefeiert wurde. Auch in ganz Thüringen fanden unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eindrucksvolle Kundgebungen der Nationalsozialisten und der vaterländischen Verbände statt. Auf den Höhen des Thüringer Waldes flammten als Zeichen der nationalen Erhebung Freiheitsfeuer auf.

Ähnliche Riesenkundgebungen fanden in Hamburg-Altona, Bremen, in Kiel, Harburg, Münster, Frankfurt am Main, in Hannover, Dresden, Leipzig und in Chemnitz statt. Genau dasselbe Bild in den Städten des Ruhrgebiets.

Auch in Süddeutschland.

In den vielen historischen Städten und Städtchen sowie in zahlreichen Dörfern des Frankenlandes und der Oberpfalz fanden überall große Kundgebungen und Fackelzüge der nationalen Verbände statt. Im Mittelpunkt der Kundgebungen stand überall die Hitler-Rede. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich eine Gefallenenehrung auf dem mittelalterlichen Marktplatz in Nürnberg. Auf den Bergen an Bayerns Ostgrenze von Hof bis Passau leuchteten Höhenfeuer. Ebenso auf den Höhen am alten römischen Limes bei Gunzenhausen und Weißenburg. Auch an den oberbayerischen Seen und im Gebirge waren vielfach große Bergfeuer entzündet.

Der Wahlsonntag ruhig verlaufen.

Etwa 85 bis 90 v. H. Wahlbeteiligung.

Der Wahlsonntag ist im ganzen Reich größtenteils ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark und wird zum mindesten in den Städten auf etwa 85 bis 90 v. H. geschätzt.

Die Reichshauptstadt bot am Sonntag ein außerordentlich bewegtes Bild. Große Menschenmengen bewegten sich durch die Straßen, die mit zahllosen Hakenkreuzfahnen und Schwarz-Weiß-Rot geschmückt war. In Neukölln hißten um Mittagszeit Nationalsozialisten und Stahlhelmleute auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne. Auch die Karl-Marx-Schule war mit einer schwarz-weiß-roten Fahne geschmückt worden. Im Rundfunk ließ der Reichsinnenminister Dr. Frick einen Appell an die Wähler verbreiten, in dem auf die außerordentliche Bedeutung der Wahl aufmerksam gemacht wurde.

In Offenbach ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten gekommen, wobei ein Reichsbannermann erschossen und ein weiterer schwer verletzt wurde. Kleinere Zusammenstöße gab es in Leipzig, wobei ein Mann verletzt wurde. In Köln wurden Schüsse auf einen Streifenwagen der Polizei abgegeben. Zwei Männer und eine Frau wurden daraufhin verhaftet.

Reichstagswahl vom 5. März 1933

Vorläufiges amtliches Gesamtergebnis

Es wurden abgegeben 39 317 000 Stimmen gegen 35 759 000 Stimmen am 6. 11. 1933

1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei	44 %	17 266 000	288 + 92	Mandate
		6. 11. 32 33 %	11 737 000		
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	17,9 %	7 177 000	120 — 1	
		6. 11. 32 20,4 %	7 248 000		
3	Kommunistische Partei Deutschlands	12,6 %	4 845 000	81 — 19	
		6. 11. 32 16,9 %	5 980 000		
4	Deutsche Zentrumspartei	10,9 %	4 423 000	73 + 3	
		6. 11. 32 11,5 %	4 231 000		
5	Kampffront Schwarz-weiß-rot	8 %	3 133 000	53	
		6. 11. 32 8,3 %	2 959 000		
6	Bayrische Volkspartei	3,7 %	1 073 000	19 — 1	
		6. 11. 32 3,4 %	1 095 000		
7	Deutsche Volkspartei	1,1 %	432 000	8 — 12	
		6. 11. 32 1,9 %	662 000		
8	Evangelischer Volksdienst	0,9 %	384 000		
		6. 11. 32 1,2 %			
9	Deutsche Staatspartei	0,9 %	333 000	5 — 2	
		6. 11. 32 1 %	336 000		

Landtagswahl: Vorläufiges amtliches Ergebnis:

Es wurden abgegeben 23 850 000 Stimmen gegen 22 055 000 Stimmen am 24. 4. 1932.

1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei	43,1 %	10 390 000	211 + 49	Mandate
		24. 4. 32	8 007 000		
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	16,4 %	3 961 000	83 — 14	
		24. 4. 32	4 675 000		
3	Kommunistische Partei Deutschlands	13,3 %	3 136 000	63 — 6	
		24. 4. 32	2 820 000		
4	Deutsche Zentrumspartei	14,5 %	3 368 000	68 + 1	
		24. 4. 32	3 371 000		
5	Kampffront Schwarz-weiß-rot	8,4 %	2 110 000	43 — 12	
		24. 4. 32	1 524 000		
7	Deutsche Volkspartei	1 %	249 000	3 — 7	
		24. 4. 32	331 000		
8	Evangelischer Volksdienst	1 %	215 000	1	
		24. 4. 32	255 000		
9	Deutsche Staatspartei	0,7 %	165 000		
		24. 4. 32	332 000		
	Deutsch Hannoveraner		51 000	1	
		24. 4. 32	64 000		

Reichstag: 647 Mandate gegen 584. **Landtag: 472 Mandate gegen 423.**

Am Horcher der Zeit.

Politische Zwischenspiele.

Die bolschewistische Regierung in Moskau hält alle Mittel für recht, die nach ihrer Meinung dazu beitragen könnten, um ihre Ideen in der Welt zu propagieren. Auch den Rundfunk benutzt sie in ausreichendem Maße, um durch ihn Leichtgläubige für ihre Ideen einzufangen. Kommunistische Stellen in Moskau, die sich mit den internationalen Funksendungen befassen, haben im Jahre 1932 über 21 000 Briefe aus den verschiedensten Ländern erhalten, in deren Sprache im genannten Jahre Rundfunkdarbietungen aus Moskau gesandt worden sind. Sie trafen ein: aus Deutschland 8500 Briefe, aus England 6200 und aus Frankreich 2500 Briefe. Die übrigen kamen aus verschiedenen anderen Ländern, so aus China, Japan und Südamerika. Die kommunistischen Hörer im Auslande hätten sich inzwischen zu Kollektivgruppen zusammengeschlossen, die für das tägliche Abhören der Moskauer Sendungen Propaganda machen. In Deutschland gebe es 1200 Zellen, in Frankreich 450, in England 600, in Belgien 257, die die Moskauer Sendungen aufnehmen. Die Moskauer Sendungen sollen nun kräftig ausgebaut werden. — Übrigens erhalten die russischen Sendestellen neben den erwähnten Dankschreiben aus den verschiedenen Ländern auch unliebenswürdige Briefe, die mit „Heil Hitler!" oder „Es lebe der König!" unterzeichnet sind, worin die ausländischen Hörer ihre Unzufriedenheit mit der kommunistischen Funkpropaganda zum Ausdruck bringen und bedauern, daß die bürgerlichen Regierungen keine wirksameren Gegenmaßnahmen träfen.

*

Diese Gegenmaßnahmen sind ja nun in Deutschland von der nationalen Regierung ergriffen worden, und die ganze Welt verfolgt mit größtem Interesse die weitere Entwicklung der deutschen Innenpolitik. Die ausländischen Blätter beschäftigen sich in spaltenlangen Meldungen und Artikeln mit den Ereignissen in Deutschland, lassen es aber dabei, wie man leider feststellen muß, sehr oft an der nötigen Objektivität fehlen. Vor allem die sozialistische Presse des Auslandes leistet sich hierbei an Verdrehungen und Verrenkungen alles Mögliche; man findet aber auch glücklicherweise Blätter, die dem Vorgehen der nationalen Regierung in Deutschland volles Verständnis entgegenbringen. So führt z. B. das in Rom erscheinende halbamtliche Blatt „Giornale d'Italia" aus, daß das Wiedererwachen des deutschen Nationalgefühls nicht überall verstanden werde. Mit Recht beklage sich die deutsche Presse darüber, daß die französischen und englischen Blätter den Ernst der kommunistischen Bedrohung und die Notwendigkeit der vom Reichspräsidenten getroffenen Maßnahmen nicht zu begreifen schienen. Wirklich überraschen müsse, daß die halbamtliche französische Telegraphenagentur Havas sich nicht geschämt habe, eine Meldung weiterzugeben, in der die Brandstiftung im Reichstage einem Agent provocateur zugeschrieben werde. Die deutsche Presse könne aber hoffentlich mit Genugtuung feststellen, daß kein italienisches Blatt eine ähnliche Haltung eingenommen habe.

*

Bei den Verunglimpfungen Deutschlands darf natürlich auch die Presse in Polen nicht fehlen. Diese Zeitungen haben es ja von jeher verstanden, die durch die Kriegshetze der Insurgenten und Legionärverbände aufgepeitschte Stimmung in der polnischen Armee und der höheren Beamtenschaft immer weiter zu schüren. Die Spannung diesseits und jenseits der Grenze unter der deutschen Bevölkerung ist augenblicklich wieder durch eine Anhäufung polnischer Truppen besonders im Bereiche von Pleß aufs höchste gestiegen. Man versucht von amtlichen polnischen Stellen diese Truppenzusammenziehung mit der Streikgefahr in allen oberschlesischen Gruben zu entschuldigen. Aber gewisse andere Anzeichen, wie die starken Munitionsnachschübe im oberschlesischen Revier und die erhöhte Tätigkeit des Bezirkskommandos lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß in dem fraglichen Gebiet eine Art Probemobilmachung im Gange ist. Man wird jedenfalls die weitere Entwicklung in dieser Gegend mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen.

Neuer Vorstoß der Kleinen Entente.

„Organisation des Friedens"?

Die Kleine Entente, die im Jahre 1920 zur Aufrechterhaltung des durch die Friedensdiktate geschaffenen Zustandes im Donauraum zwischen der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien abgeschlossen wurde, steht vor einer Neuorganisation. Die Politik der Kleinen Entente soll so vereinheitlicht werden, daß in Zukunft alle Verträge der Staaten oder auch jede Änderung der politischen Lage eines dieser Staaten gegenüber dritten Staaten sowie alle wirtschaftlichen Abmachungen der Zustimmung des aus den Außenministern der drei Länder bestehenden Rates der Kleinen Entente bedürfen. Die Bündnisverträge innerhalb der Kleinen Entente sollen für unbestimmte Zeit erneuert werden. Die neuerdings getroffenen Abmachungen umfassen ferner wichtige Gebiete der Verkehrs-, Wirtschafts- und Währungspolitik. Über alle bestehenden tiefen politischen und wirtschaftlichen Gegensätze hinweg sollen die drei Staaten zu einer internationalen Organisation umgestaltet werden, die es ihnen gestattet, in Zukunft als Einheit aufzutreten. Bei näherer Prüfung der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten melden sich aber allerlei Zweifel, ob die Idee auch wirklich in die Tat umgesetzt werden kann. Wie ist auf die Dauer das Interesse der beiden slawischen Staaten mit dem des lateinischen Rumäniens vereinbar? Noch weniger Erfolg verspricht die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie muß an der Tatsache scheitern, daß die Tschechoslowakei, selbst ein halber Agrarstaat, nicht imstande ist, die agrarischen Überschüsse Rumäniens und Südslawiens bei sich aufzunehmen. Infolgedessen können auch diese letzteren den tschechoslowakischen Industrieerzeugnissen keine einseitige vorzugsweise Einfuhr gewähren, weil sie ihre Landwirtschaftserzeugnisse in anderen Ländern unterbringen und daher auf diese Rücksicht nehmen müssen. Die in Aussicht genommene Umbildung der Kleinen Entente stellt sich im wesentlichen als eine ausgesprochene Kampforganisation dar, die eine Front gegen alle, die nicht eines Willens mit der Kleinen Entente ist, aufrichten möchte. Sie wird daher nicht der angeblichen „Organisierung des Friedens" dienen, sondern nur noch mehr Unruhe in das unruhige Europa bringen. Denn indem sie den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten verewigen möchte, wird sie nur um so entschlossenere Gegenwehr finden.

Präsidentenfeier mit Bankkrach in Amerika

Amerika vor geschlossenen Bankschaltern.

Tauschhandel — Notgeld — Sparersturm.

Die Regierung hat über die gesamten Vereinigten Staaten einen dreitägigen Bankfeiertag verhängt. Man begründet diese Maßnahme mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Roosevelt.

Wie verlautet, ist der Bankfeiertag nicht erklärt worden, um ein Abgehen vom Goldstandard vorzubereiten, sondern um den Dollar zu verteidigen.

Kartoffeln, Schinken und Eier als Zahlungsmittel

Das tägliche Leben in den amerikanischen Bundesstaaten, so besonders im Staate Michigan, ähnelt dem der Kriegszeit. Alle Geschäfte, die Tage und Wochen hindurch bisher noch Kredit gewährt hatten, verkaufen ihre Waren jetzt nur noch gegen Barzahlung. Hausfrauen, die kein bares Geld besitzen, sind auf den

Tauschhandel mit Freunden

und Verwandten angewiesen. Bridge und Poker werden nicht um Geld, sondern um Konserven, Kartoffeln, Schinken und Eier gespielt. Kinder werden nicht wie sonst üblich in Sanatorien oder Krankenhäusern zur Welt gebracht, sondern zu Hause, weil die meisten Leute die bar zu begleichenden Rechnungen der Krankenhäuser nicht bezahlen können. Die Ärzte arbeiten fast ausschließlich

gegen Mahlzeiten und Naturalien.

Zahlreiche Handelskammern, Geschäftsorganisationen und Clearinghäuser haben Notgeld ausgegeben.

Weitsichtige Bewohner der Grenzstaaten haben bereits vor Wochen Bankkonten jenseits der Grenzen der Vereinigten Staaten in Kanada und Mexiko eröffnet, wo der USA.-Dollar jetzt mit dem hohen Diskont von 20 Prozent gehandelt wird. Viele Staaten und Gemeinden besolden ihre Beamten mit während der Bankfeiertage uneinlösbaren Schecks.

Der Sturm der Sparer auf die Bankschalter.

Mehrere tausend Sparer begannen einen Run auf die Bowerysavingsbank in Newyork und in Newark auf die Howard Savingsinstitution. Beide Banken konnten aber allen Anforderungen genügen. Ähnliche Runs werden aus allen Teilen der Vereinigten Staaten gemeldet. Zahlreiche Gemeinden und Städte erließen Notverordnungen aus eigener Initiative. In allen Kreisen der Vereinigten Staaten ist man sich einig, daß nur eine grundlegende Bankreform das Bankwesen der Vereinigten Staaten vor dem Zusammenbruch und vor einer Wiederholung ähnlicher Schwierigkeiten retten kann.

Goldhamsterer an der Arbeit.

Die Newyorker Bundesreservebank verlor am Freitag über 116 Millionen Dollar in Gold, das verschifft oder zurückgestellt wurde. In dieser Summe sind die Goldhamsterungen nicht einbegriffen. Die Newyorker Bundesreservebank arbeitete den ganzen Tag über mit höchstem Druck und wechselte Gold an acht Schaltern um. Vor jedem Schalter drängten sich mehrhundertköpfige Menschenschlangen.

Berliner Dollarnotierung 4,20.

Die Reichsbank ging erstmalig von ihrer langjährigen Übung, den Dollar mit 4,2130 zu notieren, ab und setzte den Kurs mit 4,20 Mark für den Dollar fest.

*

In den Vereinigten Staaten sind über die „Feiertage" hinaus überall Zwangsmaßnahmen zum Schutze der notleidenden Banken eingeführt worden. Die Abhebungsmöglichkeit für die Guthaben wird eingeschränkt ebenso wie das Umwechseln der Dollarnoten in Gold erschwert wurde. Bankenfeiertage wurden eingeführt und mit Moratorien sucht man über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Wir kennen das ja alles aus eigener Erfahrung von jenen Julitagen 1931 her, als bei uns der große Bankenkrach stattfand und ein sehr scharfes Eingreifen der Reichsregierung notwendig machte. Allerdings kam damals ein Umwechseln der Banknoten in Gold gar nicht in Frage, wohl aber hat das Ausland tief in die Goldschätze der Reichsbank hineingreifen dürfen. Jetzt aber wird das Gold in Amerika von Privatpersonen „gehortet".

Also auch Amerika ist so weit! So weit wie wir vor anderthalb Jahren waren! Damals saß Amerika noch auf hohem Pferd und blickte auf das Unglück Deutschlands hochmütig herab: „Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen!" Jetzt sitzt es in derselben Patsche und muß zeigen, daß es nicht nur in der „prosperity", sondern auch im Unglück das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten" ist. Ernsthafte Kreise spielen mit dem Gedanken einer „kontrollierten Inflation" nach englischem Muster. Dann würden sich die Bankenreserven erheblich „vergrößern" und man hätte durch einen solchen Trick wenigstens dort die akute Krise überwunden. Dafür würde man aber den ausländischen Schuldnern ein nicht gerade kleines Geschenk machen!

*

Roosevelts feierlicher Amtsantritt.

Die erste Rede des neuen Präsidenten.

In Washington übernahm in einer überaus schicksalsschweren Stunde, inmitten einer Krise von noch nicht dagewesenem Ausmaß, Präsident Franklin Roosevelt sein schweres Amt. Aus allen Teilen des Landes waren Tausende und aber Tausende herbeigeströmt, um Zeuge der feierlichen Amtsübernahme vor dem Kapitol zu sein. Die Zahl der in der amerikanischen Bundeshauptstadt weilenden Gäste war mit einer Viertelmillion kaum zu hoch geschätzt.

Roosevelt wurde zunächst von seinem Amtsvorgänger Herbert Hoover im Weißen Haus, dem Sitz des Präsidenten, empfangen. Von dort begaben sich dann der alte und der neue Präsident zum Kapitol, dem amerikanischen Parlament. Draußen waren schon die Vorbereitungen für die Übernahmefeier im Gange. Botschafter, Gesandte und Geschäftsträger aus aller Welt waren erschienen. Militärkapellen unterhielten die Menge, und über den Wartenden kreuzten Militär- und Marineflugzeuge. Nicht weniger als 80 Mikrophone und 20 Lautsprecher sorgten dafür, daß die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten die Zeremonie miterleben konnte. Indianer in malerischen Kostümen, Cowboys aus dem Westen der Staaten, amerikanische Pfadfinder, Journalisten aus aller Herren Länder und eine kaum übersehbare Menschenmenge füllten den Platz vor dem Kapitol.

Roosevelts Ansprache.

Nachdem dann Roosevelt auf der Plattform des Kapitols durch den Obersten Bundesrichter in Gegenwart des alten Kabinetts auf die Verfassung vereidigt worden war, ergriff der neue Präsident das Wort zu einer Ansprache. Er gab zunächst einen Überblick über die Gesamtlage, der man offen und ehrlich ins Auge sehen müsse. Abhilfe sei durch tatkräftige Regierungsmaßnahmen, wie man sie in Kriegszeiten ergriffen habe, möglich. Das Land verlange Taten, und zwar ohne jede Verzögerung. Roosevelt deutete Maßnahmen an, die auf eine radikale Verminderung der Verwaltungskosten hinzielen. Gleichzeitig befürwortete er eine grundlegende Bankenreform und die Gesundung der Währung. Die amerikanische Regierung werde dafür sorgen, daß das Geld nicht mehr in die Hände von Spekulanten und gewissenlosen Wucherern komme. Amerika müsse selbst unter Berücksichtigung seiner demokratischen Verfassung angesichts der außerordentlichen Notlage zeitweilig vom normalen Regierungskurse abgehen, aus welchem Grunde er den Kongreß um Vollmachten bitten werde, wie sie im Falle einer feindlichen Invasion erforderlich seien. In diesem Sine übernehme er sein Amt.

Gibt Amerika den Goldstandard auf?

Präsident Roosevelt hat eine Sonderkonferenz zur Besprechung der Bankenkrise einberufen. Teilnehmer der Konferenz sind die führenden Bankiers, die Direktoren der Federal Reserve Banken, führende Geschäftsleute und Finanzmänner sowie sämtliche Gouverneure der Einzelstaaten. Im Mittelpunkt der Beratungen wird die Frage einer etwaigen Aufgabe des Goldstandards durch die Vereinigten Staaten stehen.

Das Programm sieht weiter Besprechungen über die geplante 50prozentige Depositengarantie durch die Bundesregierung, das Goldausfuhrverbot, die Aufhebung des Goldeinlösungszwanges durch die Federal Reserve Banken und schließlich ein allgemeines Bankmoratorium vor. Wie weiter bekanntgegeben wird, belaufen sich die Goldhamsterungen allein in der vergangenen Woche auf über 250 Millionen Dollar.

Deutschlands bedrohte Sicherheit.

Hunderttausend gegen zehn Millionen Soldaten.

In einem Sonderdruck aus „Volk und Reich" erscheint ein Aufsatz des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath über Deutschlands bedrohte Sicherheit. Der deutsche Außenminister befaßt sich darin zunächst mit dem sogenannten Konstruktivplan Herriots. Das Wenige, was er an Abrüstungsvorschlägen enthalte, sei unpräzise und an die Erfüllung von weitgehenden französischen Sicherheitsforderungen gebunden. Neurath stellt fest, daß die französischen Sicherheitsforderungen nicht der Ausdruck einer etwa vorhandenen politischen oder militärischen Bedrohung Frankreichs sind, denn eine solche existiert nicht. Ihre Erfüllung würde vielmehr der dauernden Festlegung der durch den Ausgang des Weltkrieges herbeigeführten Macht- und Besitzverhältnisse in Europa außerhalb der französischen Grenzen dienen. Eine solche einseitige Entwicklung der internationalen Mittel zur Erhaltung des Bestehenden würde dem Grundgedanken des Völkerbundpaktes widersprechen, der dem Grundsatz einer friedlichen Revision bestehender Verhältnisse in den Artikeln 11 und 19 der Satzung — wenn auch in noch unzureichender Weise — Ausdruck verliehen hat. An und für sich ist nichts dagegen einzuwenden, daß im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage Sicherheitsforderungen gestellt werden. Auch Deutschland ist mit Sicherheitsforderungen auf die Abrüstungskonferenz gegangen. Die deutsche Sicherheitsforderung lautet: Gleiche Sicherheit für Deutschland wie für alle anderen!

Durch eine einseitige Abrüstung ist Deutschland in einen Zustand höchster nationaler Unsicherheit versetzt worden. Der Reichsaußenminister weist dies an Hand des grotesken Zahlenmißverhältnisses und des Mißverhältnisses in der Bewaffnung nach. Im Kriegsfalle würde Frankreich mit seinen Bundesgenossen dem Hundert-tausend-Mann-Heer Deutschlands ca. 10 Millionen ausgebildete Soldaten gegenüberstellen können. Das deutsche Volk ist allzu sehr durch vielerlei Nöte in Anspruch genommen. Wäre das nicht der Fall, so würde die Forderung nach Beseitigung unserer militärischen Unsicherheit, der Ruf nach Sicherheit, alle anderen nationalen Lebensäußerungen übertönen. Aber auch so steht hinter der von der Regierung vertretenen Forderung auf gleiche Sicherheit die Nation einmütig und geschlossen. Je länger die Abrüstungskonferenz dauert, je weniger dort die Bereitschaft zu wirklicher Abrüstung auf das Maß der deutschen sich kund tut, um so stärker muß diese Geschlossenheit und Entschlossenheit des deutschen Volkes werden.

Wenn Frankreich mit der größten Armee, der stärksten Luftflotte der Welt, der stärksten Marine des europäischen Kontinents, mit dem gewaltigsten Befestigungssystem der Erde und einem von Gdingen bis Kattaro, vom Erzgebirge bis zum Schwarzen Meer und bis an die Grenzen Rußlands reichenden, aufs höchste militarisierten Bündnissystem Sicherheit in Form völkerrechtlicher Abmachungen fordert, welche Sicherheitsforderungen und mit welch elementarer Wucht muß sie dann das deutsche Volk vorbringen? Wir werden den Sicherheitsanspruch, wie ihn jede Nation als ein ewiges Recht besitzt, vielleicht bald noch deutlicher zum Ausdruck bringen müssen. Die französischen Sicherheitsforderungen sind immer wieder mit den sogenannten drei Invasionen begründet worden. Ich will nicht auf die Schuldfrage bei diesen drei Invasionen eingehen. Aber wieviele Invasionen hat Deutschland in den Zeiten seiner nationalen Schwäche erlebt? Ist der Lebensraum des deutschen Volkes nicht zwei Jahrhunderte lang der Kampfplatz Europas gewesen? Wie oft haben ihn allein die Heere Napoleons I. durchmessen, ganz abgesehen von den Zeiten des französischen Königtums? Die militärische Unsicherheit Deutschlands ist aber heute größer als zu irgendeiner Zeit des französischen Königtums im 17. und 18. Jahr-

privaten Wehrverbände und der Polizei bei der Festsetzung der Truppenbestände der einzelnen Länder.

Angesichts der äußerst kritischen Lage der Abrüstungskonferenz haben Macdonald und Simon ihr Eintreffen in Genf für die nächste Zeit angekündigt. Man erwartet, daß dann in Genf entscheidende Besprechungen zwischen den Großmächten unter Teilnahme maßgebender Kabinettsminister stattfinden werden, in denen über die praktische Durchführung der deutschen Gleichberechtigung und damit über das Schicksal der Abrüstungskonferenz verhandelt werden wird. Henderson hat den Vorsitzenden des Effektiv-Ausschusses aufgefordert, die Arbeiten dieses Ausschusses über die

Vereinheitlichung der europäischen Heeressysteme

innerhalb vierzehn Tagen abzuschließen, um noch vor den Osterferien eine grundsätzliche Entscheidung über alle wichtigen Fragen der Abrüstung herbeiführen zu können.

Auf deutscher Seite erübrigt sich jeder Kommentar zu diesen Vorgängen, die die deutschfeindliche Atmosphäre in der Konferenz nur allzu deutlich beleuchtet. Der Beweis, daß die Großmächte und vor allem die französische Staatengruppe an keinerlei Abrüstung denken und lediglich das eine Ziel verfolgen, mit allen Mitteln Deutschland in seinem gegenwärtig völligentwaffneten Zustand zu belassen, braucht nicht weiter erbracht zu werden. Die fristlose Vertagung einer der großen grundsätzlichen Fragen der Abrüstung erhellt zur Genüge den außerordentlich kritischen und völlig hoffnungslosen Stand der Abrüstungskonferenz.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 6. März 1933.

Volkstrauertag und Schulen.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge teilt mit: In Anhalt, Braunschweig und Preußen ist von den Regierungen verfügt worden, daß am 11. März, also am Vortage des Volkstrauertages, in allen Schulen würdige Feiern veranstaltet werden zu Ehren der im Weltkriege gefallenen deutschen Soldaten. Damit ist ein Wunsch erfüllt worden, für dessen Verwirklichung sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge all die Jahre hindurch immer wieder eingesetzt hat. Auf Anfordern stellt die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Berlin W. 15, Brandenburgische Straße 27, kostenlos den Schulen das von ihm herausgegebene Buch „Reminiszere" sowie das Volkstrauertagsheft seiner Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge" und anderes Material zur Verfügung. Das Buch „Reminiszere" enthält Bibelworte, Vorsprüche, Reden sowie Titel von gemeinsamen Gesängen, Chor- und Einzelgesängen und von Instrumentalmusik, die sich für Volkstrauertagsfeiern besonders eignet.

Halver

—0 Nach § 18 der Regierungspolizei-Verordnung vom 5. Juni 1930 ist das **Absengen von liegenden oder zusammengebrachten Bodendecken,** auch von verdorrtem Gras an Feldrainen, Böschungen (sogenannten Flämmen), nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde zulässig. Zum Schutz der Vogelwelt werden die ortspolizeilichen Genehmigungen für die Zeit vom 15. März—30. Sept. nur ausnahmsweise in den Fällen erteilt, wo das Abbrennen zur landwirtschaftlichen Nutzung nachweisbar notwendig ist und vorher nicht erfolgen konnte.

—)(Der **Passionsgottesdienst** am kommenden Freitag beginnt abends 7,30 Uhr. Diese Späterlegung gegen früher (6 Uhr) war der Wunsch vieler Gemeindeglieder.

—)(Der **Kyffhäuserverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Halver** hielt am Samstag nachmittag im Lückmannschen Lokale seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende, Kamerad Gustav Lemmert, die Erschienenen begrüßt, erteilte er dem Schriftführer, Kamerad Ernst Pohl das Wort zum Jahresbericht. Er führte u. a. aus: „Das Jahr 1932 habe uns die stärkste wirtschaftliche Schrumpfung erleben lassen. Die von Reich, Ländern und Gemeinden erwartenden Einnahmen seien nur zum Teil eingegangen. Die Opfer des Krieges hätten die allgemeine deutsche Schicksal miterlebt: wirtschaftlich in der Gestalt neuer einschränkender Renkenbestimmungen, seelisch in dem Gefühl, daß die Besonderheit ihres Opfers und ihrer Not nicht gewürdigt wurde. Es sei von den Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebener nichts unversucht gelassen worden, da, wo sich eine Gelegenheit bot, den Hebel anzusetzen, um wenigstens auf die allzu großen Härten in der Reichsversorgung aufmerksam zu machen. Aber es gelang nur Teilerfolge zu erreichen, da die katastrophal zu nennende Finanzlage des Reiches allen Verbesserungsversuchen einen Riegel vorschob. Der Kampf gelte in erster Linie den unhaltbaren Ruhensbestimmungen in der Sozialversicherung. Die Bereitwilligkeit Opfer zu bringen, haben wir bewiesen. Auch Härten kann man, wenn sie unvermeidlich sind, zur Not ertragen; gegen Ungerechtigkeit jedoch, wie sie in den Ruhensbestimmungen festgelegt sind, lehnt sich unser soldatisches Empfinden auf. Geschlossen hinter den Führern stehen und ihre Arbeit dadurch erleichtern helfen, das sei die Parole auch weiterhin für die Zukunft". — Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahr von 80 auf 75 zurückgegangen. Zur Erledigung der Geschäfte der Vereinigung haben 8 Vorstandssitzungen und 5 Mitgliederversammlungen stattgefunden. — Kassierer, Kamerad Ernst Winter, gab den Kassenbericht. Der Kassenbestand zeigte ein erfreuliches Plus. Die Kameraden Franz Schneider und Walter Barking hatten die Kasse geprüft. Der Revisionsbericht kam zur Verlesung. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl wurde dahin getätigt, daß die ausscheidende 2. Vorsitzende Frau Witwe Eugen Haase, der 1. Schriftführer Kamerad Ernst Pohl, 2. Kassiererin Frau Wwe. von Schwartzen und die Beisitzer Kamerad Gustav Wellenbeck und Frau Ww. Fritz Gümbel wiedergewählt wurden. Für den ausgetretenen Beisitzer Kamerad Deubener wurde Kamerad Walter Barking gewählt. Dem Kreiswohlfahrtsausschuß in Altena gehört Kamerad Karl Starke als Vertreter der Ortsgruppe Halver als Beiratsmitglied an. Der Beitrag für das erste Halbjahr 1933 wird im Laufe des Monat März eingezogen/ Von Juni ab erfolgt die Einziehung vierteljährlich. Unterkassierer sind: für den Bezirk Carthausen Frau Ww. Tweer in Ober-Carthausen; für Oberbrügge-Ehringhausen Kamerad Karl Weniger in Schlemme; für Bommert Kamerad Karl Starke, für Halver Kamerad Lorenz Schmidt. Eine besondere Sterbekasse für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebener ist vom Kyffhäuserbund eingerichtet. Sie trat am 1. Januar 1933 in Kraft. Die Sterbekasse wird vom Kameraden Hugo Staub verwaltet. Unter Verschiedenes wurden vom Vorsitzenden die Verfügungen der Reichsregierung vom 17. Februar 1933 über Rentenbezug des Näheren erläutert. Die Ortsgruppe Halver kann in diesem Jahre ihr 15jähriges Bestehen feiern. Augenblicklich ist nicht die Zeit um Feste zu feiern und soll die Aussprache über die Feier erst in einer späteren Versammlung erfolgen. Mit der Bitte, der Ortsgruppe auch weiterhin die Treue zu halten, schloß der Vorsitzende gegen 6 Uhr die Tagung.

—=) **Hohes Alter.** Der Landwirt Fritz Neuhaus zu Löhermühle vollendete am gestrigen Sonntag sein 86. Lebensjahr bei voller Gesundheit und geistiger Frische. Wir entbieten dem Hochbetagten noch nachträglich unsern herzlichen Glückwunsch!

—)(Ihr **84. Lebensjahr** kann Witwe Hedfeld, Ober-Langenscheid (Gemeinde Halver) am Donnerstag, dem 9. März, begehen. Der Hochbetagten unsere besten Glückwünsche!

—! **Lichtspiele Karlshöhe.** „Der weiße Dämon" ein Film von abenteuerlichem, weltumgreifenden Geschehen, voll explosiver Spannungen und Ueberraschungen, wurde am Samstag und Sonntag in den Lichtspielen Karlshöhe vorgeführt. Schauspielerisch hervorragend besetzt, zunächst Hans Albers, er ist wieder unwiderstehlich burschikos, und ab und zu zerdrückt er eine sentimentale Träne. Er zeigt hier, daß er ein Schauspieler ist, der alles spielen kann . . . Peter Lorre unheimlich eindrucksvoll. Gerda Maurus gibt eine eindringliche psychologische Studie . . Das Beiprogramm war ausgezeichnet. Wie uns die Spielleitung mitteilt, findet **heute, Montag abend 8 Uhr** eine nochmalige Vorführung statt, in Anbetracht des hervorragenden Programms wäre ein recht zahlreicher Besuch zu wünschen.

)(**Anschlag.** Eisenbahn-Obersekretär Lehmann von der hiesigen Station wurde am 1. März nach Lüdenscheid versetzt.

)(**Oberbrügge.** Die Feier ihrer **Goldenen Hochzeit** können die Eheleute Karl Pixberg und Frau Anna Martha geb. Klotzbach, zu Vömmelbach am Freitag, dem 10. März, begehen. Wir entbieten dem Jubelpaare zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche. Möge es ihm vergönnt sein, nach nochmals zehnjähriger gemeinsamer Wanderung das diamantene Jubiläum zu feiern.

Breckerfeld

—f Ein Unglücksfall, der leicht ernstere Folgen nach sich ziehen konnte, ereignete sich vergangenen Freitag in Ehringhausen bei Breckerfeld. Von dem Wagen eines hiesigen Unternehmers löste sich in voller Fahrt ein Rad. Durch den plötzlichen Sturz wurde das Pferd verletzt. Der Fahrer kam glücklicherweise mit kleinen Hautabschürfungen davon.

*

Siegen. Eine schöne Sitte, die sich mancherorts eingeführt hat, besteht darin, daß sich diejenigen Personen, die vor 50 Jahren zusammen konfirmiert wurden, noch einmal zusammenfinden und dieses Jubiläum in schlichter Weise begehen. So ist dies im Siegerlande ebenfalls üblich und in Siegen rufen einige Konfirmanden des Jahres 1883 zu einem derartigen Zusammentreffen auf und bitten um Namensangabe, damit die Vorbereitungen für diese Wiedersehensfeier getroffen werden können.

Was man noch wissen muß.

Stapenhorst zum Regierungspräsidenten von Hannover ernannt.

Berlin. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, haben die Kommissare des Reiches in Preußen den Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, Dr. Stapenhorst, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses zum Regierungspräsidenten in Hannover ernannt und zunächst mit der kommissarischen Verwaltung dieser Stelle beauftragt.

Schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahnen auf den Hamburger Polizeikasernen.

Hamburg Am Nachmittag des Wahlsonntags wurden unter Beteiligung der gesamten in den Kasernen befindlichen Polizeimannschaften und unter nicht endenwollendem Jubel der Bevölkerung die schwarz-weiß-rote Fahne neben der Hakenkreuzfahne auf beiden Polizeikasernen der Hamburger Polizei in der Bundesstraße gesetzt. Ein Polizeioffizier kommandierte auf dem Dache die Flaggenhissung, neben ihm Mitglieder des Kampfringes junger Deutschnationaler und der SA.

Brandstiftung durch Kommunisten.

Bamberg. Infolge kommunistischer Brandstiftung ist in Wisberg bei Bamberg die zum Rittergut Bamberg gehörende Feldscheune mit allen Vorräten niedergebrannt. Die Polizei hat bereits vier Verhaftungen vorgenommen, darunter den 21jährigen Arbeiter Michael Rosa aus Wisberg, der nach den vorgenommenen Feststellungen bereits als überführt angesehen werden kann. Der Schaden beläuft sich auf 25 000 Mark.

Hakenkreuzfahne auf dem Turm des Stuttgarter Hauptbahnhofs.

Stuttgart. Am Sonntagabend flatterte auf dem Turm des Stuttgarter Hauptbahnhofs längere Zeit eine Hakenkreuzfahne. Als die Bahnverwaltung davon erfuhr, ordnete sie an, daß die Fahne heruntergeholt wurde.

Büro der KPD.-Bezirksleitung Sachsen geschlossen.

Berlin. In Leipzig ist der gesamte Gebäudekomplex Czermaks-Garten Nr. 6—8, in dem sich die Büroräume der Bezirksleitung Sachsen der KPD. und der Druckereibetrieb der Neudrag befinden, nach einer nochmaligen Durchsuchung polizeilich geschlossen worden. Auch die Büroräume aller kommunistischen Nebenorganisationen in verschiedenen Stadtteilen wurden polizeilich geschlossen.

Keine Negermusik mehr im Rundfunk.

Berlin. Der stellvertretende Berliner Funkintendant Richard Kolb hat angeordnet, daß Jazzmusik, soweit sie im Volksmund den Namen „Negermusik" führt, künftig grundsätzlich auf Welle Berlin nicht mehr gesendet werden soll.

Lokomotive ins Meer gestürzt. — Zwei Tote.

London. Bei Towyn (Wales) wurde ein längs der Küste fahrender Personenzug von einem Bergrutsch überrascht. Die Lokomotive wurde von den herabstürzenden Gesteinsmassen vom Zuge losgerissen und über die Klippen 20 Meter tief ins Meer geschleudert, wo sie sofort unterging. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet.

5000 Tote und Verwundete in der Provinz Dschehol.

Peking. Nach chinesischen amtlichen Meldungen werden die Verluste der chinesischen und japanischen Armee in der Provinz Dschehol vom 22. Februar bis 4. März auf 5000 Tote und Verwundete geschätzt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Haltet mich nicht auf, denn der Herr
hat Gnade zu meiner Reise gegeben.
Lasset mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe.
1. Mose 24, 56.

Gott dem Allmächtigen, dem Herrn über Leben und Tod. hat es gefallen gestern abend 10 Uhr meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter. Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ehefrau Gustav Himmen

Luise geb. **Rothstein**

nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 74 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen

In tiefer Trauer:
Gustav Himmen und Kinder.

Halver, den 6. März 1933.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. März 33, nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.



Haltet mich nicht auf, denn der Herr
hat Gnade zu meiner Reise gegeben
Lasset mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe.
1. Mose 24, 56.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß ist heute morgen 1 Uhr unser unvergeßlicher, treusorgender Vater, Schwiegervater. und Großvater, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Friedrich Gohmann

im Alter von 78 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen.

In tiefer Trauer:

Karl Gohmann
August Gohmann
Marta Reininghaus geb. Gohmann
Anna Gohmann geb. Collenberg
Carl Reininghaus
Gertrud Heukelbach
und 2 Enkelkinder.

Rönsahl und Ufer b. Rönsahl,
den 5. März 1933.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. ds. M., nachm. 4 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Inserieren bringt Gewinn!

Für die Landwirtschaft wird ein **Knecht** gesetzten Alters gesucht, der der selbständig Arbeiten und melken kann.
Angeb. an d. Geschäftsst. des Breckerfelder Tageblattes Neuestraße 143.

KATALOGE PREISLISTEN
für die
Kleineisenindustrie
werden als Spezialität
schnell u. preiswert
angefertigt.
Wilh. Bell. jr.
Halver.

Konsumverein für Halver u. Umgeg.
e. G. m. b. H.
Wir empfehlen:
Westfälische Wurstwaren:

Mettwurst aus Schweinefleisch	1.10 M.
Bierwurst . . .	0.70 M.
Jagdwurst . . .	0.90 M.
Sülzwurst . . .	0.80
Zungenwurst . .	1.00
Blutwurst . . .	0.50
Thür. Blutwurst .	0.85 M.
Leberwurst 0.45, 0.55,	0.90 M.
Mettwurst nach Braunschw Art	1.00 M.
Fleischwurst . .	0.85 M.

Breckerfeld.
Bestellungen auf das
Breckerfelder Tageblatt
nimmt entgegen
Frau H. Klett, Breckerfeld.